

# CDU will mehr Gewerbe

## Fraktion fordert ein Konzept „Mobilität der Zukunft“

**Baden-Baden** (mr). Die CDU freut sich, dass das Rathaus die von der Fraktion schon lange geforderte Eröffnungsbilanz nun vorgelegt hat. Deren Vorsitzender Armin Schöpflin plädiert dafür, Gewerbegebiete auszuweiten, um über die Gewerbesteuer die städtischen Einnahmen zu erhöhen.

Beim Thema Asyl monierte er, dass die Integration von Flüchtlingen eher schleppend vorangehe. Um die Attraktivität Baden-Badens als Wohnort zu stärken, habe die Stadt den Auftrag, in die Kinderfreundlichkeit zu investieren. Dazu gehörten der Ausbau von Kita-Plätzen sowie ein Mittagstisch und eine Nachmittagsbetreuung an Grundschulen.

Die CDU-Fraktion macht sich für ein neues Verkehrskonzept stark, das die

Bürger einbeziehe und die „Mobilität der Zukunft“ sichere. Ein Vorschlag: Die Baden-Baden-Linie soll ein Konzept erarbeiten, um die Fahrzeugflotte auf E-Busse umzustellen. Die CDU verteidigt zudem den Ausstieg der Stadt aus der Nutzung von Windenergie. Im sonnenreichen Baden-Baden gebe es andere Möglichkeiten der Energiegewinnung.

Beim Neuen Schloss positionieren die Christdemokraten sich eindeutig: Weitere Zugeständnisse an die Investoren etwa beim Stützbau seien „völlig inakzeptabel“. Aus Schöpflins Sicht verläuft die bauliche Entwicklung in der Stadt sehr positiv. Er erinnerte zudem an die Verhandlungen zur Verlängerung der BKV-Verträge, die für Baden-Baden lebensnotwendig seien.

## SPD hält Etat für uninspiriert

**Baden-Baden** (mr). Nach Ansicht der SPD wirkt der Haushalt seltsam „uninspiriert“. Er verwalte, gestalte aber viel zu selten. Fraktionssprecher Kurt Hochstuhl betonte, der Entwurf lasse wesentliche Komponenten einer in die Zukunft gerichteten Kommune gänzlich außen vor, weshalb die SPD nicht zustimme. Die Stadt könne zwar ihren Verpflichtungen nachkommen, was die hohen Investitionen im Hoch- und Tiefbau unterstrichen. Aber viele versprochene Sanierungen wie etwa in Lichtenal blieben auf der Strecke. Zudem schwebten die staatsanwaltliche Ermittlungen bei der Leo-Auftragsvergabe wie ein Damoklesschwert über der Stadt.

Die SPD vermisst Zeichen, wie sich Baden-Baden für die Zukunft fit machen lässt. Das Förderprogramm zum Wohnungsbau sei fast, die Klimaschutzkampagne krachend gescheitert. In der Energiepolitik stehe die Stadt nun „blank“ da. Die Sozialdemokraten monieren zudem, dass ein strategisches Konzept für die digitale Zukunft sowie die Zukunft der Mobilität fehle. Es sei dringend erforderlich, den Entwicklungsplan 2020 fortzuschreiben.

Hochstuhl begrüßt ausdrücklich die Ausgaben für Bildung und Schulen, kritisiert jedoch, dass es keine kostenreduzierte Kinderbetreuung gebe. Sie hätte ein sozialpolitisches Signal aussenden können wie auch die Einführung eines Sozialtickets, da die Schwere zwischen Arm und Reich weiter auseinanderklaffe. Die SPD spricht sich für einen Bürgerhaushalt einzuführen.

## FBB zweifelt bei Finanzierung

**Baden-Baden** (asb). Bedenken äußerte Tilman Schachtschneider mit Blick auf die Verschuldung und deren Finanzierung bei einem steigenden Zinsniveau in der Zukunft. „Mit 120,8 Millionen plus 27,8 Millionen Euro Neuaufnahme im Jahr 2018 summieren sich die Schulden auf rund 51 Prozent. Das ist die Hälfte unseres jährlichen Haushaltes. Was wird, wenn die Zinssätze wieder auf normale Höhen steigen?“, gab der FBB-Fraktionschef zu bedenken.

Schachtschneider sieht auch die Entwicklung bei den Personalkosten kritisch: „Ohne Stadtwerke und Umwelttechnik liegen die Personalaufwendungen bei 61 Millionen, das sind 26 Prozent des Haushaltes. Damit bleiben für den Resthaushalt nur 41 Prozent als Verfügungsmasse für Effizienzverbesserungen“, skizziert Schachtschneider die Situation.

Die zunehmende Verschuldung und mangelnde, obwohl in Angriff genommene, Effizienzverbesserungen ließen es deshalb nicht zu, dass die Freien Bürger Baden-Baden dem vorgelegten Haushalt zustimmen.

**Baden-Baden** (asb). Der Doppelhaushalt findet im Großen und Ganzen die Zustimmung der FDP. „Es ist eine Herausforderung für die Verwaltung, die Kostenentwicklung zu begrenzen. Die Personalkosten stellen den am stärksten wachsenden Kostenfaktor dar. Sie machen mehr aus,

## Die Fraktionen nehmen Stellung

Der Gemeinderat hat, wie berichtet, den städtischen Doppelhaushalt 2018/19 mit einer knappen Mehrheit von 21 zu 19 Stimmen beschlossen. Er sieht im kommenden Jahr Erträge von 237 Millionen und 2019 von 239 Millionen Euro vor.

Die Stadt geht davon aus, dass die Einnahmen aus der Gewerbesteuer 2018 bei 51 Millionen und im Jahr darauf bei 52 Millionen Euro liegen werden. Die geplanten Investitionen belaufen sich auf jeweils 30 Millionen Euro pro Jahr. Rund 16 Millionen aus der Liquidität und eine Kreditaufnahme von 20 Millionen Euro sollen zur Deckung beitragen. Die Fraktionen bewerteten den Haushaltsentwurf unterschiedlich (siehe Kommentar). mr



IM FOKUS: Die Gemeinderatsfraktionen sprechen sich parteiübergreifend für einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuung aus. Archivfoto: Aläbisio

## FDP warnt vor Verschuldung

als die gesamten Einnahmen aus der Gewerbesteuer“, erklärte FDP-Sprecher Rolf Pilarski. Er fordert den weiteren Anstieg der Verschuldung zu be-

# Böhlen vermisst Konzept

## Grünen-Fraktion hat viele Bedenken beim Haushalt

**Baden-Baden** (mr). Die Grünen betonten, der Doppelhaushalt sei der richtige Weg. Nach Ansicht der Fraktionsvorsitzenden Beate Böhlen hat OB Margret Mergen bei der Vorberatung jedoch steuernd in das Königsrecht des Gemeinderats eingegriffen. Die Grünen lehnen den Etat ab, weil sie unter anderem den „grünen Faden“ vermissen. Ein Beispiel sei der Wohnungsbau, für den ein Konzept fehle, um Anlegern Anreize zu bieten, Förderzuschüsse abzurufen. Nach Böhlen Ansicht wäre es erste Pflicht, das Vincenti-Areal in städtische Hand zu nehmen und dort bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Auch ein Konzept für die Quartiersentwicklung sei bislang Fehlanzeige. Das gelte auch für die Energiepolitik.

Mit dem Ausstieg aus der Windkraft sei die Klimaschutzoffensive „Baden-Baden setz auf 37“ ad absurdum geführt. Die Fraktion moniert erhebliche Defizite beim Verkehrskonzept: Die Stadt reduziere Buslinien und Park & Ride sei ein „Schuss in den Ofen“. Die Idee, die Stadtbahn in die Innenstadt zu führen, komme 20 Jahre zu spät. Zudem sei im Haushalt kein Betrag für eine Machbarkeitsstudie vorgesehen.

In der Jugendpolitik spricht Böhlen sich für eine „sinnvolle Ganztagesbetreuung“ für Kinder aus. Sie monierte generell, dass das Rathaus viele Entscheidungen ohne Beteiligung des Gemeinderats getroffen habe. Nur transparentes und demokratisches Handeln sowie direkte Bürgerbeteiligung stärkten das Vertrauen in die Politik.

## FW für Schule und Betreuung

**Baden-Baden** (asb). Die Freien Wähler (FW) stimmten zwar dem Doppelhaushalt 2018/19 zu, sie legen jedoch großen Wert auf den Erhalt der Straßen, Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, Ausbau der Schulen und Kindergärten sowie der Ganztagesbetreuung.

„Immer mehr Alleinerziehende und Doppelverdiener benötigen eine sichere ganztägige Kinderversorgung, wodurch letztlich auch der Wirtschaftsstandort Baden-Baden gestärkt wird“, stellte FW-Fraktionsvorsitzender Hans-Peter Ehinger fest. Es sei deshalb nicht nachzuvollziehen, dass es Probleme bei der Versorgung gebe und forderte den weiteren Ausbau der U-3- und der Ganztagesbetreuung.

Ein weiteres Anliegen der Freien Wähler sei auch der Ausbau und die Modernisierung von Schulen und Kinderspielplätzen: „Dabei benötigen wir für bauliche Maßnahmen in der Realschule, der Grundschule Cité, der Robert-Schumann-Schule, der Theodor-Heuss-Schule und des Markgraf-Ludwig-Gymnasiums insgesamt 6,2 Millionen Euro“, fasste Ehinger zusammen. Er begrüßte das Engagement der GSE, die jüngst 78 Sozialwohnungen in der Wörthstraße fertigstellte.

„Sinnvoll ist der Aufbau eines Straßenzustandskatasters, damit langfristig geplant und rechtzeitig eingegriffen werden kann. Wir empfehlen, auch die Brücken in ein solches Kataster aufzunehmen“, Kaiser- und Luisenbrücke sowie die Fieserbrücke müssten saniert werden.